

Beitrag BR 2 zur Fachtagung in Schriftform

Sprecherin: Mitten drin – statt nur dabei, unter dieses Motto könnte die Bayerische Staatsregierung ihre Behindertenpolitik stellen. Ausgangspunkt ist die UN-Behindertenkonvention. Sie wurde 2006 von der UN-Generalversammlung verabschiedet. In Deutschland gilt sie seit März 2009. Derzeit arbeitet die Bayerische Staatsregierung einen Aktionsplan aus, wie die Konzeption praktisch umgesetzt werden kann. In Nürnberg wurden dazu gestern die Interessensverbände gehört. Nora Kaltenbeck hat das für uns beobachtet:

In einem Raum im Nürnberger Messezentrum diskutieren rund zwei Dutzend Menschen, ein Vertreter aus dem Wirtschaftsministerium, einer aus dem Innenministerium und Vertreter von Menschen mit Behinderung. Das Thema: Bauen und Barrierefreiheit. Zwei der Bereiche, aus dem bayerischen Aktionsplan, der derzeit entsteht. Hier gibt es nach Ansicht der Behindertenvertreter noch viel zu tun.

Livemitschnitt der Station Barrierefreiheit: „Es sind alle Vorschriften die zu beachten sind, von jeder Einzelnen kann man allerdings abweichen, aber man kann nicht den Brandschutz gegen die Barrierefreiheit ausspielen.“ „So wird es aber in der Praxis gemacht.“

Wie geht Brandschutz in der Praxis mit Barrierefreiheit zusammen? Nur ein Aspekt, der diskutiert wird. Ein Anderer: Barrierefreiheit soll eine größere Rolle spielen in der Ausbildung von Architekten. Die verschiedenen Aspekte werden auf Zettel geschrieben und an eine Pinnwand gehängt und vielleicht finden sie Eingang in den bayerischen Aktionsplan. Er soll eine Art Fahrplan dafür sein, wie die UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern umgesetzt wird, wie Inklusion verwirklicht werden kann. Der Blickwinkel auf Behinderung hat sich geändert, sagt Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung.

Badura: „Wir wollen gleichberechtigt mit in der Gesellschaft leben können, deswegen gab's Integrationsmaßnahmen, ihr versucht uns mit einzubinden. Jetzt ist der Blickwinkel aber eben der - und da gibt uns die UN-Konvention sehr guten Rückenwind - Behinderung ist ein Merkmal von Menschen, wie ein anderes Merkmal auch, ob das eben die Hautfarbe, die Religionszugehörigkeit oder sonst etwas ist, bin ich eben behindert und hab' diese oder jene Bedürfnisse und es ist einfach Aufgabe der Gesellschaft als Ganzes, meine Bedürfnisse mit zu bedenken und mit einzubinden.“

Wie dieses Einbinden funktioniert, ist Inhalt des Aktionsplans. Dafür hat die Bayerische Staatsregierung zunächst einen Entwurf erarbeitet und an rund 150 Sozial- und Behindertenverbände geschickt. Nach Ansicht der Behindertenbeauftragten ist der Entwurf ausbaufähig.

Badura: „Es ist eine große Bestandsaufnahme, es geht aber auch in Richtung Zukunft mit Maßnahmen, mit Wünschen, aber natürlich sind diese im Aktionsplanentwurf wie er jetzt vorliegt, für uns Menschen mit Behinderung nicht konkret genug. Es fehlen für uns Zeitangaben, es fehlen für uns Zusagen, was das Geld betrifft.“

Die Verbände können schriftlich zum Entwurf Stellung nehmen und bei dieser Fachtagung nun ihre Verbesserungsvorschläge äußern. Rund 150 Behindertenvertreter sind gekommen, zum direkten Dialog mit Vertretern etwa von Bildungs- und Gesundheitsministerium. Die Behindertenrechtskonvention betrifft viele Bereiche: Bau, Züge, Schule, Arbeit, für die unterschiedliche Ministerien zuständig sind. Doch die Konvention berührt nicht nur die politische Ebene, sagt Herbert Sedlmeier, Landesvorsitzender der Vereinigung kommunaler Interessenvertreter von Menschen mit Behinderung.

Sedlmeier: „Insgesamt möchte ich meinen, dass man feststellen muss, dass die Behindertenrechtskonvention, wenn man sie umsetzen wollte - und alle bekunden den festen Willen - einen gesellschaftsverändernden Charakter hat. Der Inhalt der Konvention betrifft eigentlich alle Gesellschafts- und Lebensbereiche und in manchen Teilen wie z. B. Bildung wird vielleicht also evtl. Umwälzendes geschehen. Viele können sich heute noch nicht vorstellen, dass also schwerbehinderte Kinder die Regel-/Sprengelschule besuchen können.“

Oder dass Behinderte statt in Werkstätten, in allen Betrieben mit Nichtbehinderten zusammenarbeiten. Arbeit ist eins der Themen das bei der Fachtagung im Dialog mit den Vertretern der Ministerien besprochen wird. Genau wie Bildung, Wohnen, Gesundheit und Barrierefreiheit - alles Bereiche wo der Handlungsauftrag laut der Behindertenbeauftragten besonders groß ist. Im Entwurf zum Aktionsplan steht etwa, dass Barrierefreiheit bei Zügen hergestellt werden soll, aber das berücksichtigt nicht die Details, so Heidi Dintel, Behindertenbeauftragte der Stadt Memmingen.

Dintel: „Die Schwerpunkte sind, dass zwar genannt wird, dass Neufahrzeuge mit fahrzeuggebundenen Einstiegshilfen ausgerüstet werden, aber was uns fehlt, was ganz wichtig ist, dass der Altbestand nachgerüstet wird. Die alten Bahnwägen stehen teilweise noch 20 Jahre in Betrieb und sind in keinsten Weise barrierefrei. Die haben keine Toilette

drin, haben manchmal nicht einmal Stellplätze für Rollstuhlfahrer drin. Die müssen auch nachgerüstet werden, das ist ganz wichtig.“

Andere Vertreter der Behinderten sehen im Bereich Arbeit Schwerbehinderte nicht genug berücksichtigt. Zudem sei nicht klar, welche Rolle Werkstätten hier künftig spielen sollen und im gesamten Aktionsplan wurden Menschen, die psychisch krank sind und dadurch behindert, gar nicht berücksichtigt, sagt Karl-Heinz Möhrmann, Vorsitzender des Landesverbands Bayern der Angehörigen psychisch Kranker.

Möhrmann: „Ich freu mich aber, dass ich da eine ganze Anzahl Mitstreiter bereits gefunden habe und sich dafür einsetzen, dass psychische Behinderung in dem Aktionsplan mit berücksichtigt wird, da gehören die Wohlfahrtsverbände dazu, die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe und es gibt auch schon einen ersten Textentwurf, mit dem dieser Aktionsplan ergänzt werden soll.

Viele Vorschläge werden bei der Fachtagung gesammelt, wie der Entwurf zum Aktionsplan ergänzt werden soll. Vieles prasselt dabei auf die Teilnehmer ein und auch auf die Vertreter aus den Ministerien. Impulse sammeln, darum geht es im Moment laut Burkard Rappl, Abteilungsleiter im Sozialministerium.

Rappl: „Derzeit wird der Entwurf von allen und mit allen Beteiligten diskutiert, die schriftlichen Stellungnahmen dazu werden derzeit ausgewertet und es wird geprüft, wie sie in die Weiterentwicklung des Aktionsplans eingearbeitet werden können.“

Das gilt auch für die Ergebnisse der Fachtagung. Der bayerische Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention entsteht. Die Konvention ist bereits in Kraft, die Umsetzung ist ein Prozess, der noch einige Zeit dauern wird.